
Wie viel Staat haben wir morgen?

Meinhard Miegel

Könnte ich die Frage „Wie viel Staat haben wir morgen?“ verlässlich beantworten, wäre ich ein Hellseher. Doch da ich kein Hellseher bin, kann ich über sie nur mehr oder minder aufgeklärt spekulieren.

Dabei ist es vielleicht hilfreich, zunächst zu klären, was der Souverän, also die Bevölkerung, wünscht. In einer repräsentativen Umfrage vom April 2006 erklären 41 Prozent der Befragten, der Staat solle mehr Verantwortung übernehmen; dies ist der Wunsch nach mehr Staat. 42 Prozent meinen, der Einzelne solle mehr Verantwortung tragen, also weniger Staat. 12 Prozent wünschen gegenüber heute keine Änderung, und 5 Prozent vermögen diese Frage nicht zu beantworten. Und wenn gefragt wird, was die Bevölkerung tatsächlich erwartet, dann sind die Ergebnisse praktisch identisch. Das aber heißt: Nähern wir uns der Frage frontal, kommen wir ihrer Beantwortung keinen Schritt näher. Deshalb sollten wir vielleicht den Weg durch die Hintertür suchen.

Lautet die Frage: „Wollt ihr mehr Markt oder mehr soziale Sicherheit oder soll sich gegenüber heute nichts ändern?“, dann antworten 40 Prozent: mehr Markt, 44 Prozent: mehr soziale Sicherheit und 9 Prozent: Alles soll beim Alten bleiben.

Einen Fingerzeig könnten auch die Antworten auf die Frage geben, ob Kürzungen im bestehenden Sozialsystem notwendig oder nicht notwendig seien. 50 Prozent der Befragten halten sie für notwendig, 44 Prozent halten sie nicht für notwendig. Aber sind sie mit Kürzungen auch

einverstanden? Ja sagen jetzt noch 16 Prozent, Nein hingegen 82 Prozent.

Mögliche Anhaltspunkte bieten schließlich Fragen nach der Vorsorgezuständigkeit für Alter und Krankheit. Für das Alter solle vorsorgen der Staat, das sagen 12 Prozent, der Einzelne, das sagen 12 Prozent, beide zusammen, das sagen 74 Prozent. Vorsorge für Krankheit sollen übernehmen: der Staat: 18 Prozent, der Einzelne: 11 Prozent, beide gemeinsam: 69 Prozent.

Das Fazit: Auch bei dieser indirekten Vorgehensweise kommen wir mit der Beantwortung der Frage „Wie viel Staat haben wir morgen?“ nicht weiter. Oder vielleicht doch. Denn auffällig ist, dass bei allen diesen Fragen diejenigen, die mehr Staat, staatliche Betreuung und staatliche Vorsorge wollen, zusammen mit denjenigen, die alles lassen wollen, wie es ist, beziehungsweise erklären, beide gemeinsam sollten aktiv werden, eine solide Mehrheit bilden. Daraus kann ganz vorsichtig gefolgert werden: Gewollt ist jedenfalls nicht weniger Staat.

Dieser Befund entspricht den Ergebnissen einer Tiefenuntersuchung neuesten Datums, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des IWG BONN durchgeführt hat. Ich zitiere aus dieser Untersuchung: „Leitwert ist Sicherheit im Verbund mit Gleichheit. Dieser Leitwert wird im Zweifelsfall anderen konkurrierenden Werten und Lebenszielen vorgezogen. Werte wie „Freiheit“, „Eigenverantwortung“ oder „Chancenreichtum“ werden zwar durchaus geschätzt, im Konfliktfall jedoch regelmäßig hintangestellt. Für „Sicherheit“ und „Gleichheit“ sind große Bevölkerungsteile, oft sogar Mehrheiten, bereit, auf zentrale Grundrechte wie Demokratie zu verzichten.“ Freiheit im Sinne von Unabhängigkeit steht hoch im Kurs. Freiheit in Verbindung mit Verantwortung wird hingegen gering geschätzt. Diese Einstellungen haben sich im Zeitablauf verstärkt, wobei die Wiedervereinigung eine nicht unbedeutende Rolle

spielt. Sicherheit und Gleichheit als Leitwerte! Und Garant für beide ist für die große Bevölkerungsmehrheit der Staat.

Wie viel Staat haben wir heute? Bei der Beantwortung dieser Frage geht es nicht um subjektive Einstellungen, sondern um objektive Befunde wie den Staatsanteil, die Organisation der sozialen Sicherheit, die Daseinsvorsorge, den Anteil von Staatsunternehmen und ähnliches. Ziehen wir diese Indikatoren heran, befindet sich Deutschland heute mehr oder minder da, wo es sich seit Langem, mindestens aber seit dem 18. Jahrhundert befindet. Seit diesem Zeitpunkt war immer etwa die Hälfte der Aktivitäten in staatlicher Hand. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland im Mittelfeld. Wesentlich geringere staatliche Aktivitäten finden sich in den anglo-amerikanischen Gemeinwesen, noch deutlich höhere als in Deutschland in den skandinavischen.

Nähern wir uns vor diesem Hintergrund erneut der Frage: „Wie viel Staat haben wir morgen?“ Um die Antwort vorwegzunehmen: Nicht weniger als heute, voraussichtlich sogar mehr, womit aus meiner Sicht nicht das Wünschenswerte, sondern das Wahrscheinliche angesprochen ist.

Für diese meine Einschätzung gibt es drei Gründe. Der erste: Wir sind eingetreten in eine Phase extremer Veränderungen, was gleichbedeutend ist mit extremen Unsicherheiten. Wie nur ganz gelegentlich in der Menschheitsgeschichte wanken die Fundamente. Die drei wichtigsten: das ökologische, das demografische und das kulturelle.

Ökologisch nähern wir uns den Grenzen der Versorgungs- und Entsorgungskapazität unseres Planeten, vielleicht haben wir sie auch schon überschritten. Die bisherige Strategie, sich solchen Engpässen durch Stellungswechsel zu entziehen, hat sich erschöpft. Oder anders gewendet: Es gibt für die Menschheit keine ökologischen Ruheräume mehr. Wo immer Menschen hinkommen: Die ökologischen Probleme sind bereits da.

Das demografische Fundament ist gekennzeichnet von einer Gegenläufigkeit der Entwicklung. Während auf der einen Seite die Menschheit weiterhin fast ungebremst expandiert und sich in einem historisch sehr kurzen Zeitraum von 90 Jahren von etwa drei auf neun Milliarden verdreifachen wird, schrumpft sie in Europa, Japan und einigen anderen Regionen in bemerkenswerter Geschwindigkeit. Aus dieser Gegenläufigkeit entwickeln sich Spannungen, die verunsichernd wirken.

Die kulturellen Veränderungen finden in einer Vielzahl von Einzelbereichen ihren Niederschlag. Ich will nur auf vier verweisen:

Erstens: Im gesellschaftlichen Bereich schwindet der Zusammenhalt. Dies gilt bereits zwischen Mann und Frau, aber auch zwischen Eltern und Kindern und setzt sich fort in Bildungseinrichtungen und Unternehmen. Die soziale Belastbarkeit der Gesellschaft schwindet, und niemand vermag zu sagen, wie lange dieser Schwund durch staatliche Interventionen kompensiert werden kann.

Zweitens: Noch aufwendiger ist die Gewährleistung äußerer Sicherheit und die Bekämpfung von Terror. Dass hierfür in erster Linie der Staat zuständig ist, ist weithin unbestritten. Daraus aber folgt: Das Gewicht des Staates nimmt zu, und zwar nicht nur in den eigentlichen Sicherheitsbereichen, sondern auch darüber hinaus. Ähnliches gilt für die Gewährleistung innerer Stabilität und für die Überwindung der wachsenden sozialen Ungleichheit. Die Gesellschaft driftet wirtschaftlich, sozial und bildungsmäßig auseinander, und die meisten sehen als einzigen Rettungsanker wiederum nichts anderes als den Staat.

Drittens: die demografischen Verschiebungen. Bei der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur wendet die Bundesrepublik Deutschland ein Drittel der von ihr erwirtschafteten Güter- und Dienstmenge für Sozialleistungen auf und ein Sechstel für Sonstiges. Sollen die Sozialleistungen

nicht kräftig zusammengestrichen werden – wogegen sich die große Bevölkerungsmehrheit vehement sträubt – muss aufgrund des stark steigenden Altenanteils jenes eine Drittel der Güter- und Dienstmenge, das gegenwärtig für Sozialleistungen aufgewendet wird, auf rund die Hälfte erhöht werden. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass der Staat künftig nicht mehr mit einem Anteil von etwa 45 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auskommt, sondern dieser Anteil auf vielleicht 60 Prozent steigen wird.

Und viertens wird der Staat künftig die technischen Möglichkeiten für seine Allgegenwart erlangen, und was er kann, wird er auch tun.

Die bange Frage: Wird dies ein demokratischer Staat sein? Meine Antwort: Nur, wenn wir uns sehr anstrengen. Machen wir uns nichts vor: Schon für Platon ist es immer nur eine Frage der Zeit, bis eine Demokratie wieder in eine Diktatur abdriftet. Und auch bei uns nimmt die Sehnsucht nach der starken Hand beängstigend zu. Immer größere Bevölkerungsteile sind der Auffassung, dass ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen die anstehenden Probleme nicht zu lösen vermag. Dies sollten Alarmzeichen sein.

Mein Ausblick: Der Staat dürfte seine Aktivitäten so lange steigern, bis es zu einem „dialektischen“ Sprung kommt, das heißt, bis er den Widerwillen und Widerstand der Massen erzeugt. Möglicherweise kommt es dann zu einer radikalen Reduzierung von Komplexitäten, oder einfacher formuliert: Die Bevölkerung strebt wieder deutlich einfachere Lebensformen an. Das würde die Wirksamkeit der drei Faktoren, die aus meiner Sicht für eine Ausdehnung staatlicher Aktivitäten sprechen, konterkarieren. Das Wanken des ökologischen, demografischen und kulturellen Fundaments wäre weit weniger folgenreich. Aber bis zu diesem „dialektischen“ Sprung wird es noch eine ganze Weile dauern.